

Der Aufstieg alter Seilschaften in Osteuropa

Was tun mit dem Erbe der Geheimdienste in Osteuropa? Ein Podium dieser Zeitung und der Journalistengruppe n-ost gibt Antwort.

Seit zwanzig Jahren werden überall in Osteuropa heftige Debatten über den rechten Umgang mit dem Erbe der kommunistischen Geheimdienste geführt. Vergleicht man sie und den sehr unterschiedlichen Zugang zu den hinterlassenen Akten in Ländern wie der Ukraine, Bulgarien, Polen oder Tschechien, steht Deutschland wie der Klassenbeste da mit seinem klaren Stasi-Unterlagen-Gesetz, einer wohlausgestatteten Behörde und intensiver Geschichtsforschung. Die Bedenken, aus der Kenntnis der manisch gesammelten Geheimdienstberichte, des tausendfach dokumentierten Verrats und der Repressionen gegen Unangepasste könne sich neuer Hass, neue Spaltung entwickeln, waren fast überall groß. Zerstreut hat man sie immer noch nicht ganz, obwohl es nirgendwo zu Übergriffen gekommen ist auf das „Lumpenpack im Anorak“, wie Stasi-Mitarbeiter 1989 zutreffend genannt wurden. Der Frage, ob die Öffnung der Akten oder der verwehrte Zugang den Aufbau demokratischer Strukturen in ehemals kommunistischen Ländern beförderte oder behinderte, ging am Dienstagabend ein öffentliches Forum in Berlin nach.

Eingeladen hatten diese Zeitung und das „Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung“. Der Prager Journalist Luděk Navara berichtete von der anfangs strengen, später eingeschränkten Überprüfung der neuen Eliten in Politik und Wissenschaft, die begleitet war von Skandalen und Enttäuschungen. So habe es Fälle gegeben mit gefälschten, also bereinigten Unterlagen. Flog das auf, zog es kaum Sanktionen nach sich. Außerdem war der Zugang zu den Akten erschwert, so dass die Motive für Verrat sich kaum erhellen ließen. Verbitterung machte sich unter den Opfern breit, die zuerst einmal wissen wollten, wer ihre Lebens-

pläne zerstört hatte. Eine nicht immer differenzierte Jagd auf Spitzel bestimmte das Klima und verstellte zuweilen den Blick auf Machtstrukturen der Kommunisten. Erst seitdem in privaten Zeitungen Spitzellisten veröffentlicht worden waren, kam es zu einer öffentlichen Diskussion, die differenzierte, ist der Zugang zu den Akten für Opfer und die Wissenschaft möglich. „Und erst jetzt stoßen wir langsam zum Kern der Geschichte vor“, sagte Navara.

Ganz anders die Situation in Rumänien, wo sich erst zehn Jahre später als in Deutschland eine mager ausgestattete Behörde etablierte, die dieses in Rumänien besonders furchtbare Erbe eingeschränkt und oft behindert von alten, heute wieder bestens etablierten Kadern langsam öffentlich zu machen versucht. Der ins Exil vertriebene und in Berlin lebende Schriftsteller Richard Wagner erzählte, dass sich nach dem Sturz des Ceaușescu-Regimes hohe Securitate-Kader aus Furcht vor der Rache ihrer Opfer in Deutschland um politisches Asyl bemühten, leider mit Erfolg. Andere gründeten neue Parteien, sitzen in den Führungsetagen der Wirtschaft, bekleiden hohe Ämter in Politik und an Universitäten. Die Frage, wie sehr eine junge Demokratie zu behindern, wenn nicht gar zu verhindern ist, hält man die Dokumente einer kriminellen Vergangenheit zu lange unter Verschluss, beantwortet sich damit von selbst.

Die Situation in Bulgarien, dessen Präsident selbst für den besonders mit dem sowjetischen KGB verquickten Geheimdienst arbeitete, ist offenbar noch extremer. Der Reporter Hristo Hristov, dessen Buch über Auftragsmorde an Dissidenten sogar im vermeintlich sicheren britischen Exil Aufsehen erregte, berichtete von den fatalen Folgen einer lange verhinderten Öffentlichmachung der Verbrechen der Staatssicherheit. Korruption, Erpressung und Nostalgie hingen eng damit zusammen, dass auch hier die alten Funktionseeliten keinesfalls konsequent ausgewechselt wurden. Erst eine 2006 von der EU erzwungene Kommission bereitet nun die vorsichtige Öffnung der Archive und den Zugang für die Opfer vor. REGINA MÖNCH